Alternativen zur Wiederbewaffnung

Detlef Bald, Wolfram Wette (Hg.), Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945–1955, Essen (Klartext) 2008, 220 S., 22,00 €

Seit der friedlichen Integration der DDR 1989/90 dominiert in der Zeitgeschichtsforschung eine positive Sichtweise auf die frühe Bundesrepublik, die auf das *label* »Geglückte Demokratie« zugespitzt worden ist (Edgar Wolfrum 2006). Im Nachhinein scheint nun vereinbar, was viele Zeitgenossen über 40 Jahre nicht für möglich gehalten hatten: Wiederbewaffnung einerseits und gewaltfreie Wiedervereinigung zu einem demokratischen Deutschland andererseits. Entsprechend ist in den letzten beiden Jahrzehnten die Existenz einer

nennenswerten westdeutschen Opposition gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren zunehmend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, während die Politik des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer nachträglich aufgewertet wurde.

Die als elfter Band der »Beiträge zur historischen Friedensforschung« von Detlev Bald und Wolfram Wette herausgegebene Aufsatzsammlung, bestehend aus drei systematischen Beiträgen und einer Folge von Einzelbiographien, möchte aber nicht nur daran erinnern, dass die Politik der Aufrüstung und Integration in das westliche Militärbündnis zwischen 1945 und 1955 umstritten war. Das wäre denn auch wenig ambitioniert gewesen und womöglich auf eine Neuauflage von historischen Analysen der 1970er und 1980er Jahre zur antimilitaristischen Opposition in der frühen Bundesrepublik hinausgelaufen (Ulrich Albrecht, Eckart Dietzfelbinger, Hans Karl Rupp). Der Titel des Bandes »Alternativen zur Wiederbewaffnung« verweist vielmehr auf die leitende These, der zufolge dieser Weg nicht alternativlos, sondern vielmehr »die politische Situation über lange Zeit offen« war (Detlev Bald). Die Frage ist allerdings, wie ein solches nicht unkühnes Unterfangen (im Hinblick auf die nachträgliche Legitimation der Politik des von den USA unterstützten ersten Bundeskanzlers) gelingen kann.

Eine Möglichkeit, für die These der Realisierbarkeit oppositioneller Konzeptionen zur Wiederbewaffnung vor 1955 neu zu werben, könnte sein, die seit der Öffnung der Archive in Russland in den 1990er Jahren zugänglichen Quellen dahin gehend zu befragen, ob sie dafür neue Belege enthalten, wie in dem programmatischen Beitrag über »Handlungsspielräume der Deutschen« (Detlef Bald) angedeutet wird. Warum die Herausgeber auf eine aktualisierte Quellenkritik und auf eine Auseinandersetzung mit neueren skeptischen Einschätzungen – zum Beispiel der deutschlandpolitischen Möglichkeiten der so genannten Stalin-Note 1952 – verzichtet haben, wäre einer Erläuterung wert gewesen.

Wenn überhaupt eine verbindende Strategie erkennbar ist, mit der der Eindruck von einer politischen »Offenheit« vor 1955 vermittelt werden soll, dann vielleicht die, das Scheitern der vorgestellten »Alternativen« ins Auge zu fassen. Allerdings werden nur in den ersten drei von insgesamt 12 Beiträgen – nämlich den nicht biographisch angelegten – tatsächlich Gründe für Misserfolge oder Niederlagen diskutiert. Dass dabei vor allem innenpolitische beziehungsweise organisationsinterne Probleme in den Blick genommen werden, ist plausibel, weil so der Eindruck der verpassten Möglichkeiten deutlicher vor Augen geführt wird. Außerdem wurden in der bisherigen Forschung innenpolitische Gründe politischer Erfolglosigkeit gegenüber der Betonung restriktiver außenpolitischer Bedingungen eher vernachlässigt.

So legen die Aufsätze über »Neutralistische Bestrebungen in Westdeutschland« und über »Gewerkschaftliche Friedenspolitik« den Fokus auf die Heterogenität der Ziele der Wiederbewaffnungsgegner. Die mangelnde Einigkeit der »Neutralisten« über die Frage der Bewaffnung oder der Grenzen eines neutralen Deutschlands und das Fehlen kollektivbiographischer Muster werden hauptsächlich dafür verantwortlich gemacht, dass sich ein Neutralitätskonzept nicht durchsetzen konnte (Alexander Gallus). Diese Argumentation kann allerdings nicht restlos überzeugen, zumal die Vielfalt der Positionen und die Flexibilität einiger ihrer Vertreter (mit Recht) auch positiv bewertet werden. Vor allem aber wird in diesem und in anderen Beiträgen deutlich, dass bei aller Unterschiedlichkeit ein starkes nationales Motiv auch bei den liberalen Neutralitätsverfechtern dominierte. Daraus wäre allerdings zu folgern, dass bei der Analyse der Gründe des Scheiterns die Verknüpfung von innen- mit außenpolitischen Konstellationen notgedrungen mehr zu berücksichtigen wäre.

Erstaunlich nationale Züge trugen auch die »Friedenspolitischen Initiativen von Hans Werner Richter und Alfred Andersch«, die als Literaten weiter hinten im Buch behandelt werden (Holger Nehring). Dabei bereichern die zwischen 1946 und 1949 hauptsächlich in der Zeitschrift »Der Ruf« publizierten Ideen das Spektrum der »neutralistischen Bestrebungen« um einige verdrängte, weil extrem zeitbedingte Facetten: Das Pathos der »Stunde Null« als »Befreiung von der Geschichte« bzw. als »Frieden vor der Geschichte«, die Berufung zur »Rettung des europäischen Geistes«, die Forderung einer »deutschen Opposition« gegen nationalsozialistisches Gedankengut und zugleich gegen die als diktatorisch wahrgenommenen Besatzungsmächte; eine entsprechend vehemente Ablehnung der Re-education und das Insistieren auf Subjektivität und innere Werte in der Politik.

Der Text über die »widersprüchlichen Potentiale der gewerkschaftlichen Friedenspolitik« weist der DGB-Führung eine »innenpolitische Orientierung bei außenpolitischen Themen« zu (Knud Andresen). Will sagen, dass die Gewerkschaftsfunktionäre die Existenz einer starken Opposition gegen die Wiederbewaffnung in den eigenen Reihen, vor allem in der Gewerkschaftsjugend, als politisches Druckmittel benutzt haben, um genuin gewerkschaftliche Forderungen wie Lohnerhöhungen oder betriebliche Mitbestimmung durchzusetzen. Die Lektüre hinterlässt den Eindruck, dass von einer offiziellen Friedenspolitik der Gewerkschaften in dieser Phase wohl kaum die Rede sein kann.

Der Beitrag über drei Sozialdemokraten, die zu Beginn der 1950er Jahre führende Positionen in der deutschen Friedensgesellschaft (DFG) besetzt haben (Michael Werner) ist als biographisch fundierte Analyse der Vereinbarkeit der Prinzipien Idealismus und Pragmatismus angelegt, die dem Pazifismus einerseits und der Sozialdemokratie andererseits zugeordnet werden. Die friedenspolitischen Aktivitäten des DFG-Bundesvorsitzenden August Bangel, des DFG-Vorstandsmitglieds Hermann Louis Brill sowie des DFG-Präsidenten Fritz Wenzel lassen allerdings nur wenig Berührungspunkte mit der SPD erkennen. Die konzeptionellen Beiträge zur pazifistischen Arbeit, die von Bangel und Brill – zum Teil auch gegeneinander – entwickelt wurden, waren eher von pazifistischen, neutralistischen oder gewerkschaftlichen Strömungen beeinflusst.

Der Mitbegründer des »Hauptausschusses für Volksbefragung gegen Remilitarisierung« Wilhelm Elfes wird als ein »CDU-Politiker gegen die Wiederaufrüstung« vorgestellt (Reinhold Lütgemeier-Davin), obwohl er wegen seiner friedenspolitischen Zusammenarbeit mit Kommunisten 1951 aus der CDU ausgeschlossen und schon lange vorher dort marginalisiert wurde. Das irritiert ein wenig, auch wenn der Mann Christ und Demokrat geblieben sein mag und sich, wie der Beitrag zeigt, zeitlebens an seinem früheren Weggefährten Konrad Adenauer abarbeitete. Elfes' Charakterisierung als christlich-konservativer, demokratischer, pazifistischer und antiwestlicher Politiker, der entsprechend unvoreingenommen mit der kommunistischen DDR-Führung kooperierte, ähnelt auffallend dem politischen Profil von Klara Maria Fassbinder, der Gründerin der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB), die mit dem vorletzten Beitrag gewissermaßen in der abschließenden »Frauenrubrik« vorgestellt wird. Dass Fassbinder Frauen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands mobilisierte, heißt nun allerdings nicht, dass sie »das Friedensproblem aus der spezifischen Perspektive der Frauenemanzipation« betrachtete, wie wir erstaunt in dem einführenden Beitrag des Sammelbandes lesen. Das ist wohl auch nicht die Sichtweise der Bearbeiterin (Gisela Notz); allerdings werden die Widersprüche des politischen Engagements der engagierten Katholikin Fassbinder – beispielsweise ihre durchaus anti-emanzipatorische Haltung –

vernachlässigt zugunsten einer mit der Friedensaktivistin Fassbinder identifizierten Darstellung der politischen Restriktionen, denen sie in der frühen Bundesrepublik ausgesetzt war.

Trotz einiger Einwände und offener Fragen scheint mir die Sammlung notwendig und bedeutsam. Sie nimmt entgegen dem *mainstream* der aktuellen historischen Forschung den seit Ende der 1980er Jahre abgeschnittenen Faden einer politisch-historiographischen Publizistik zur westdeutschen Opposition in der frühen Bundesrepublik wieder auf, ohne sie nur fortzusetzen. Der vorwiegend personenorientierte Zugang mit dem Blick auf interessante Außenseiter bietet nicht nur einer fachwissenschaftlich informierten Leserschaft unerwartete Eindrücke von der Lebendigkeit und Vielfalt der Binnenstruktur des Kalten Krieges.

So tragen die politischen Biographien des Industriepfarrers Horst Symanowski (Johannes Winter) und des zum Ostermarschierer geläuterten Wehrmachtsoffiziers Fritz Hartnagel (Jakob Knab) zur Erweiterung des Spektrums pazifistischer Persönlichkeiten bei, selbst wenn in beiden Beiträgen das Thema Wiederbewaffnung bis 1955 marginal bleibt.

Über das Motiv, den Textteil des Sammelbandes mit einem Beitrag über die Schriftstellerin Anette Kolb zu beenden, die – am Ende des 2. Weltkrieges 75jährig – sich für die deutsch-französische Freundschaft einsetzte (Dieter Riesenberger), kann man allerdings nur spekulieren. Einige Indizien sprechen dafür, dass befürchtet werden muss, den Verantwortlichen sei außer Fassbinder keine weibliche Protagonistin eingefallen als die Verehrerin de Gaulles und Adenauers, über die der Autor am Ende zu berichten weiß, dass sie sich »nie zur Wiederbewaffnung Deutschlands geäußert« habe. Der Verdacht, dass man sich bei den Frauen nicht auskennt, kam bereits bei der Lektüre des einführenden Beitrags auf. Darin staunt Wolfram Wette darüber, dass »in den friedenspolitischen Debatten … während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die atomare Gefahr noch kaum eine Rolle« gespielt habe. Aber gab es da nicht zum Beispiel die Atomphysikerin und Patentanwältin Freda Wuesthoff, die von 1946 an bis zu ihrem Tod 1956 politische und zugleich wissenschaftlich fundierte Aufklärungskampagnen gegen Atomwaffen durchführte, die viele unterschiedliche Auditorien fanden? Mit dieser Persönlichkeit wäre auch der Bogen zur Frauenemanzipation geschlagen, denn Wuesthoff versuchte ihre damals stark frequentierte Öffentlichkeitsarbeit gegen die atomare Gefahr mit engagierter Verantwortung in hohen Funktionen der organisierten Frauenbewegung zu verbinden, die sich ihrerseits jedoch zunehmend von friedenspolitischen Bestrebungen distanzierte. Tatsächlich gibt es bislang nur ein paar verstreute Publikationen über diese Friedensvisionärin und Realpolitikerin. Aber sollten nicht Persönlichkeiten »beleuchtet« werden, »die heute kaum noch bekannt oder gar vergessen sind…«?

Irene Stoehr (Berlin)